



Richtlinien
für ein
sozialistisches Aktionsprogramm

Von
Karl Kautsky



Verlag A. C. F. Schmid

2475

A 26475

Am 9. November 1918 hat das Proletariat Deutschland die politische Macht erobert. Seine große Mehrheit ruht auf dem Boden des Programms, das sich die deutsche Sozialdemokratie 1891 auf dem Erfurter Parteitag gegeben hat.

Jetzt gilt es, an die raschste Umsetzung des Programms zu gehen. Um das planmäßige und einheitliche Durchführen dessen reichen seine allgemeinen Sätze nicht aus. Dazu bedarf es der Formulierung eines besondern Kämpfungsprogramms. Die Erweiterung aller wahrhaft sozialdemokratischen Beschlüsse über ein solches Programm ist dringend erforderlich geworden, um das Proletariat in den Stand zu setzen, einmütig jenseit seiner vollen Macht zweckmäßig anzutreten, wie wir sie zu bestimmen, wenn sie ihm vorübergehend entgleiten sollte.

Die Richtungen eines solchen Aktionssprogramms legen wie zur Diskussion vor.

I.

Demokratisierung.

Am 9. November hat das deutsche Volk die demokratische Republik erobert. Das ist die unerlässliche politische Grundlage des neuen Gemeinwesens, das wir aufzubauen wollen. In ihr müssen wir unerschütterlich festhalten, sie müssen wir konsequent nach allen Richtungen ausführen.

Marx erklärte in einem Briefe über die Pariser Kommune vom 12. April 1871: "Die Vorbereitungen jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent bestehen darin, nicht mehr als bisher die bürokratisch-militärische Reichsmarine und einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie ganz zu zerstören."

Das ist auch unsere Aufgabe. Dazu gehört vor allem die schnelle Auflösung des siedenden Heeres und die vollige Aufhebung der Herrschaftsstellung, die das Offizierkorps in ihm und durch es im Staat bisher einnahm. Die Truppe des siedenden Heeres soll eine Volkswache werden mit einer kurzen Ausbildungsdauer von zwei bis drei Monaten; für den Rest. Auch die Offiziere der unteren Grade sollen nicht berufsmäßige Soldaten sein, sondern ihre Ausbildung nicht ihrem Berufserwerb empfangen. Bloß die Unteroffiziersgrade und die höchsten Grade sollen Verhältnisse beibehalten. Außerdem soll weder Uniform noch Waffe getragen werden und soll dem Rangeleien keinen Raum geworfen werden bei Plakat gebraucht zu schreiben.

90983 FES - 7.7

Kommt es zu einem internationalen Abkommen über Ab-
züfung, dann ist auch die Ausdehnung der Volksmehrheit dem an-
zupassen.

Die Macht der staatlichen zentralisierten Verwaltung ist zu
brechen durch die Unterordnung unter eine nach sozialen democ-
ratischen Wahlrecht gewählte Nationalversammlung sowie durch
sofortige Verleihung der gleichen weitgehender Selbstverwaltung
(im Rahmen der Staatsgesetze) an die Stadtgemeinden und Land-
kreise sowie die Provinzen. Auch die Polizeigewalt ist vom Staat
an die Gemeinden und Kreise ausnahmslos zu übergeben. Den
obersten Träger dieser Selbstverwaltung bildet überall eine nach
demokratischem Wahlrecht erwählte Gemeinde-, Kreis- und Pro-
vinzialsversammlung. Den von diesen Versammlungen eingesetzten
und kontrollierten Verwaltungsbürgern kann der Staat auch einen
Teil seiner Verwaltungsaufgaben übertragen, z. B. die Steuer-
erhebung.

Dah die gewonnenen demokratischen Rechte, wie die Freiheit
der Presse, der Versammlung, der Vereinigung, zu schützen sind,
ist selbstverständlich.

II.

Gebung der Produktion und Sozialpolitik.

Die deutsche Republik soll eine demokratische Republik sein.
Sie soll aber mehr werden, sie soll eine sozialistische Republik
werden, ein Gemeinwesen, in dem die Ausbeutung des Menschen
durch den Menschen keine Stätte mehr hat.

Jedoch noch dringlicher als die Frage der Produktion
selbst ist die der Produktion selbst. Der Krieg hat die
Produktion gewaltsam unterbrochen. Sie wieder zu beleben und
in Gang zu bringen, ist unfeier dringendste Aufgabe. Sie bildet
die Vorbereitung jedes Versuchs einer Soziali-
fierung der Produktion.

Die Produktion bedarf der Produktionsmittel und der Ar-
beiter. Die nächste Aufgabe der Stadtkommunal ist es, die uns
fehlenden Lebensmittel aus dem Auslande zu beschaffen, die die
Arbeiter arbeitsfähig machen und der Industrie Rohstoffe zuju-
führen. Wo nicht genügend Rohstoffe für alle Betriebe eines
Industriezweiges beschafft werden können, sind vor allem die
technisch höchstehenden Betriebe zu bevorzugen unter Rücksicht,
wie sie schon während des Krieges für die Stilllegung von Be-
trieben vorgesehen wurden.

Was die Arbeiter angeht, so ist neben der Erwerbslosen-
unterstützung auch eine Arbeitsermittlung einzurichten, die sich
über das ganze Reich ausdehnt und die zu gleichen Teilen aus
Vertretern der Arbeiter, der Unternehmer sowie der Republik
besteht. Diese Arbeitsermittlung muß das Recht haben, für
jeden Produktionszweig und jede Gegend Mindestlohn und
Maximalarbeitszeiten sowie sonstige Arbeitsbedingungen festzu-

setzen. Sie verweigert es, Betrieben Arbeit zugutezuessen, die jene
Voraussetzungen ablegen. Anderseits verliert der Arbeiter seinen
Anspruch auf Überarbeitsentlastung, der sich ohne fiktiven
Grund weigert, Arbeit in einem Betrieb anzunehmen, für den
er vorgeschoben ist und der die Arbeitsbedingungen der Arbeits-
vermittlung anerkennt.

Der Streik ist ein unerlässliches Mittel für den Arbeiter, stö-
riktalistischer Unterdrückung zu ernehren und schlechte Lebens-
bedingungen zu erkämpfen in einem Staat, in dem der Staat-
gewalt in den Händen der Kapitalistenklasse ist. Über dieses
Mittel ist ein zerstörendes, in gleicher Weise wie der Krieg der
Waffen. Ein Staat, in dem die politische Gewalt in den Händen
der Arbeiter ist, muss trachten, für jene Produktionszweige, in
denen er noch nicht das Kapital überwunden ansiedeln kann,
andere Methoden zur Wahrung der Ansprüche der Arbeiter einzuführen, Methoden, die den Produktionsprozeß weniger hemmen
und föhren. Das ist namentlich wichtig heute, nachdem der
Krieg Deutschland so unendlich verarmt hat, daß jeder Streik
doppelt verheerend wirkt. Wir verlangen, daß jene Produktions-
zweige, deren soforige Sozialisierung nicht möglich ist, soweit
sie dazu geeignet sind, durch den Staat zwangsweise handelsiert
werden. Das Syndikat hat die Beschaffung der Rohstoffe, den
Absatz der Produkte sowie die Regelung der Produktionsbedin-
gungen zu besorgen. Es hat auch das Recht, überflüssige oder
irrationelle Betriebe stillzulegen. Für seine Leistung werden ge-
nährt zu einem Viertel Vertreter der Unternehmer, zu einem
Viertel Vertreter der Arbeiterräte, endlich zu einem dritten
Viertel die den organisierten Konsumtoren des Produktions-
zweiges — etwa Industriellen, wenn der Produktionszweig Pro-
duktionsmittel fabriziert oder Vertreter von Konsumgenos-
senschaften und Gemeinden, wenn es Konsummittel herstellt.
Das letzte Viertel wird gebildet von Vertretern des Staates, die
das Gesamtinteresse repräsentieren. Innerhalb der einzelnen
Betriebe werden dem Unternehmer Arbeiterausschüsse oder Ar-
beiterräte zur Seite gesetzt, die die Durchführung der Beschlüsse
des Syndikats überwachen und dahin wirken, daß sie möglichst
zweckmäßig und unter Wahrung der Arbeiterräte durchge-
führt werden. Das passende Sachrecht zu den Betriebsarbeiter-
räten haben auch Personen, die außerhalb des Betriebes stehen
und vom Unternehmer ökonomisch abhängig sind, wie etwa
Serge und Angehörige von Arbeitersorganisationen. Schmiede
Arbeiterräte sollen auch in den nichtsyndizierten Betrieben ein-
gerichtet werden.

Reben dieser Tätigkeit in den einzelnen Produktionszweigen
muß der Staat die Sozialpolitik fördern durch allgemeine Arbeitser-
schließungsgekte. So ist der Arbeitsschindienstag auf alle Arbeitssparten
auszudehnen, z. B. auch auf das Transportgewerbe (Güterbahnen)
und das Gastwirtschaftsgewerbe. Ebenso das Verbot der Nacharbeit
von Frauen und Jugendlichen usw. Für die Landwirtschaft sind
diese Bestimmungen der Eigenart des Betriebes anzupassen.

III. Die Sozialisierung.

Habt in Hand mit diesen Verfaßten der proletarischen Staatsgewalt durch die Einreißer des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit weniger zerstörende Formen zu geben, muß aber auch das Streben gehen, diesen Klassenkampf, der doch unter allen Umständen ein hemmendes und lähmendes Element der Produktion ist, seine Grundlage zu nehmen durch Sozialisierung der Produktionsmittel, die den Arbeitern an Stelle des Kapitalisten die Gesellschaft, zu der er selbst gehört, als Besitzer der Produktionsmittel und Leiter des Produktions gegenüberstellen.

Dies kann ausführen, ist die wichtigste, ist die eigentliche Aufgabe der vom Proletariat beherrschten demokratischen Republik. Dadurch wird sie zur sozialen Republik und leicht eine neue Tora in der Geschichte der Menschheit ein.

Wer gerade, weil diese Aufgabe so wichtig und weittragend ist, läßt sie sich nicht im Handandrehen durchführen, sondern nur schrittweise und nach vorläufiger Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse und Vorbereitung der Neuordnung.

Das Hauptmittel der Sozialisierung, aber nicht das einzige, ist die Verstaatlichung des Eigentums an den Produktionsmitteln. Und das grundlegende unter allen Produktionsmitteln ist der Grund und Boden. Seine Verstaatlichung erfordert am wenigsten Schwierigkeiten, wenn man genau unterscheidet, wie es in England auch praktisch der Fall ist, zwischen dem Grund und Boden und den auf ihm oder in ihm eingerichteten Betrieben.

Man kann den Grund und Boden, soweit er in großen Betrieben bewirtschaftet wird, ohne weiteres verstaatlichen und die auf ihm oder in ihm befindlichen Betriebe zunächst in der bisherigen Weise weiter wirtschaften lassen. Die Produktion wird dadurch nicht im geringsten gestört, die Betriebsinhaber werden nur aus Grundbesitzern in Pächter verwandelt.

Sobald der Friede geschlossen und Klarheit geschaffen ist darüber, wieviel das deutsche Volk über sein Staats- und Reichs- eigentum eigentlich zu verfügen hat, steht nichts im Wege, ohne weiteres sämtliches großes Grundbesitz an Bergwerken, Mühlen und großen Gütern (etwa über 100 Hektar) sowie sämtlichen städtischen Grundbesitz (ohne die darauf stehenden Häuser) zu Staatsbesitz zu erklären, gegen eine noch festzuhaltende Entschädigung. Aus der Feudalzeit stammende Einnahmen aus dem Grundbesitz, z. B. Bergwerksregale und aus den Feudalherrschaften überhaupt, wie die meisten Fideikommissen und fürstlichen Lehen, die nicht auf dem Wege des Kaufs erworben wurden, bedürfen einer Entschädigung nicht.

Die auf dem staatlichen Grund und Boden befindenden Betriebe bleiben zunächst noch Privatbetriebe, wenn auch als Staatspächter. Nach und nach werden sie zu sozialisierten. Bei den Waldungen ginge das ohne weiteres.

Was bei den Bergwerken und Mühlen, den landwirtschaftlichen Betrieben und Viehherden, den handelsfähigen Gewerken und Unternehmen, würde es einer langen Vorbereitung bedürfen.

Der Staatsbetrieb würde nicht nach der Schablone der bis herigen Betriebe einer zentralisierten Verwaltung eingestellt werden. Vielmehr eingerichtete Staatsbetriebe würden die Interessen wahrnehmen. Die Staatsbetriebe sind zu dezentralisieren, deren Leitungen ist möglichst Selbständigkeit zu gewähren.

Nach Möglichkeit sollten nicht vereinigte Betriebe, sondern ganze Industriezweige verstaatlicht werden. Jeder dieser Industriezweige wäre, wie auch deutsherrschische Gewerbe in einem Entwurf über die Sozialisierung verlangen, dem ich zufolge Anregungen verbande, von einem Kollegium zu verwaltet, in dem die Staatsgewalt nur mit einem Drittel der Mitglieder vertreten ist. Ein zweites Drittel bildet die Vertreter der Arbeitnehmer, ein drittes Drittel die Vertreter seiner organisierten Anhänger.

Die Interessen der Arbeitnehmer und der Konsumanten stehen hier in einem zweijährigen Gegensatz; jene streben nach hohen Löhnern und kurzer Arbeitszeit, diese nach niederen Preisen. Überwinden läßt sich dieser Gegensatz nur durch den Fortschritt an einer höheren Produktivität der Arbeit. Daraus sind beide Teile gleichzeitig interessiert, nur dadurch können sie vorwärts kommen. Gewerbe können sie sich gegenseitig schließen. Das gemeinsame Interesse der Arbeiter und Konsumanten wird den Streit der Erhöhung der Produktivität der Arbeit erleichtern, da unter kapitalistischen Verhältnissen das Profitstreben des Unternehmers bilden.

Innerhalb des einzelnen verstaatlichten Betriebes kann dann die Produktion in ähnlicher Weise geregelt werden wie in den Privatbetrieben nach der oben schon erwähnten Methode. Nur daß der Leiter nicht ein Privatbesitzer oder dezent. Staatsbetriebe ist, sondern ein vom leitenden Industrie-Kollegium eingesetzter Beamter. Tantiemen und Gewinnbeteiligung mögen dann dauernd, das Interesse der Verwaltung und der Arbeiter ein möglichst zusammen und eifriger Arbeit wachzuhalten.

Die Betriebe der verstaatlichten Betriebe sollte entzweitigt werden. Dabei wäre zu berücksichtigen einmal der Wert der Produktionsmittel, Baufähigkeiten, Maschinen, Rohstoffe, die sie aufzuholen, dann ihre augenblickliche Rentabilität nach Durchführung der allgemeinen Sozialformen.

IV.

Die Landwirtschaft.

Auf diese Weise ist ein Produktionsweg nach dem anderen zu sozialisieren und sind die verschiedenen Produktionszweige immer mehr in systematischen Zusammenhang miteinander zu bringen.

Nicht ganz so wie in der Industrie kann man in der Landwirtschaft vorgehen. Es wäre nicht zweckmäßig, das kleinste

Grundbesitz zu entziehen. Es genügt einzuweisen, daß der Staat sich bei jeder Besitzveränderung von Grund und Boden das Vorlaufsrecht hält, um nach mir noch allen Grundbesitz in seine Hände zu bekommen.

Die Wörter könnten, wie schon gesagt, ohne weiteres in staatlichen Betrieb übernommen werden. Auch die Übernahme der Latifundien und ihre Verwaltung nach den oben für die Industrie aufgestellten Regeln würde keine großen Schwierigkeiten bereiten.

Ebensoviel die Syndikierung der übrigen ländlichen Großbetriebe. Von den Erfahrungen auf den Latifundien müßten dann Tempo und Art der weiteren Sozialisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe abhängen.

Die Veröfflung der Großbetriebe in Zweigbetriebe wäre ein Rückschritt und würde gar nichts nützen, da kein Drang aus der Stadt ins Land besteht, sondern umgekehrt die Landwirtschaft im Kleinbetrieb wie im Großbetrieb am Menschen Mangel leidet.

Erziehung der Menschenkraft durch die Maschine, nicht Rückkehr zu primitiven Arbeitsmethoden, ist für die Landwirtschaft dringend erforderlich. Dazu ist notwendig, daß der Staat den Dörfern gemeinde landwirtschaftliche Maschinen in ausreichendem Maße zur Verfügung stellt und ihre kommunale Anwendung fördert.

Nicht minder unerlässlich aber ist es, die Kulturlverhältnisse auf dem flachen Lande zu heben, um den Unterschied zwischen Stadt und Land und damit die Anziehungskraft des Staates und die Verbildung des flachen Landes zu vermindern. Verbesserung der Schulen und der Einkommensverhältnisse der Schulschüler, Verbesserung der Arzts, Verbesserung der Kommunikationsmittel, sowie Bau ausreichender selbständiger Wohnungen für die Landarbeiter — das sind Reformen, die sofort in Angriff zu nehmen sind.

V.

Kommunalisierung

Die Verstaatlichung der Produktionszweige ist das wichtigste Mittel der Sozialisierung, jedoch nicht das einzige.

Sozialismus heißt demokratische Organisation des ökonomischen Lebens.

Dies wird vorbereitet durch den Großbetrieb und die Organisation der Produzenten. In gleicher Richtung wirkt aber auch abgesehen nicht so mächtig, die Organisation der Konsumanten. Erfaßt jene immer mehr die Produktion vieler Konsummittel.

Als Organ der Sozialisierung der leistenden Art vermag die Konsumgenossenschaft dort zu wirken, wo die große Massenkonsumtenten umfassen. Noch bedeutsamer aber wird in dieser Beziehung die Stadtgemeinde werden, wenn sie den Charakter einer Konsumtentenorganisation annimmt. Als solche kann sie entweder für sich allein oder in Verbindung mit den Konsumgenossen-

schaften die Konsumfirma sozialisieren, ebenso die Kinotheken, sowie jener die Verzorgung der Stadt mit Wohl, mit Gemüthen usw. Sie kann einer der Faktoren der Sozialisierung der Landwirtschaft werden.

Daneben hat die Gemeinde (und ähnlich der Landkreis) die Aufgabe, für die Sozialisierung zu wirken durch die Verwaltung der lokalen Monopole, zum Beispiel Eisenbahnen.

Endlich fällt es der Gemeinde zu, die Herstellung der Wohnungen zu sozialisieren, gefunde und billige Wohnungen für die Massen herzustellen und zu verwalten. Es wird von lokalen Verhältnissen, namentlich der Weite und Organisation des Arbeitsmarktes, abhängen, auf welchem Wege sie dabei die besten Resultate erzielt, ob sie sich privater Bauunternehmer bedienen muss, denen sie ihre Bedingungen, namentlich in bezug auf die Arbeitsverhältnisse, auferlegt, ob sie in eigener Macht handelt, oder ob sie den Besitzer macht, ihre Bauten nach ihren Plänen und unter ihrer Leitung durch die Organisationen der Bauarbeiter herstellen zu lassen.

Wenn die Gemeinde die städtischen Monopole an sich zieht, den Massen gefunde und billige Wohnungen kräftig und billiges Brot, wenn sie ausreichende Schulen baut und den Kindern des Volkes in der Schule nicht bloß Nahrung, sondern auch Bildung bietet, wenn sie endlich den Volksmassen Gütern der Verarbeitung, der Erholung, der Weiterbildung jährt, wird sie tatsächlich mitwirken an dem Prozeß der Sozialisierung.

VI.

Die Steuerpolitik

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Entzweiung der sozialisierten Betriebe zu geschehen hätte auf dem Wege der Ablösung, nicht der Konfiskation.

Dafür sprechen nicht nur Gründe der Gerechtigkeit, da die Konfiskation nur einige der Kapitalisten, nicht die Klasse trifft, und nicht bloß Kapitalisten, sondern auch kleinere Leute. Es sprechen dafür auch ökonomische Gründe, weil die Konfiskation die produzierenden Kapitalisten in höchstem Grade hemmend und stören würde in einem Zeitpunkt, in dem der Produktionsprozeß äußerster Entwicklung bedarf.

Die Entzweiung erfolgte am besten durch Ausgabe von Staatschuldverschreibungen an einen einzigen Finanzier.

Technische Gründe, wie für die Kriegsdauer, sprechen gegen die einfache Annahme der Kriegsdarlehen. Wenn den Gründern der Gerechtigkeit ist hier zu beweisen, daß, bevor die Sozialisierung vollständig vollzogen ist, der kapitalistische Weltmarkt in seinem Ausmaß fortbesteht, weiter, daß um noch sozialistische Städte umgeben, deren Lebensmittel und Kleidungsstücke wir brauchen, die zunächst nur auf dem Wege der Anleihe zu erhalten sind. Die Unberechenbarkeit des Kredits bildet daher eine wichtige Vorbedingung unseres ökonomischen Lebens.

Die Berücksichtigung der Kriegsdarlehen und der Wissungszahlungen wird große Gelbsummen erheben, die durch Steuern

auf die Bevölkerung aufzuzwingen sind. Das ist steuertechnisch eine schwierige Frage, nicht aber ökonomisch, denn es bedeutet nicht die Aufzwingung neuer Werte, sondern nur einen Platzwechsel schon bestehender.

Mehr etwa für diese Zinsen in jedem Vierteljahr 5 Milliarden von den Besitzenden auszuzwingen sind, so werden sie von diesen z. B. im September bezahlt und im Oktober vom Staat zurückgezahlt, wenn auch nicht an die gleichen Personen. Weder der Staat noch die Kapitalistenklasse wird bedürftig reicher oder ärmer.

Undersicht ist mit den Zinsen, die für Kriegsschäden oder für neue Rüstungen an das Ausland zu zahlen sind. Sie gehen hinzu, ohne zurückzukommen. Sie bedeuten eine Verminderung des Einkommens der Kapitalistenklasse, wenn diese sie aufzuzwingen hat, und eine Verarmung des Staates. Diese Taten zu taten, wird dringend notwendig werden, was wieder neue Steuerklassen bedingt.

Dazu kommen, neben den normalen Verwaltungsausgaben des Staates, nach die Kosten der Unterhaltung für Kriegsbehörde und Gewerkschäfe. Diese Vermehrung der Ausgaben können wohl auch einige Verminderungen gegenübergestellt werden. Vor allem die Ausgaben für die Wehrmacht müssen auf ein Minimum reduziert werden, sowohl durch Auflösung des stehen den Heeres wie durch Einstellung aller neuen Rüstungen. Das ist nicht nur eine politische Forderung der Demokratie, sondern auch eine ökonomische Forderung einer vor dem Bankrott stehenden Volksirtschaft.

Trotz aller Erfahrungen, die so gemacht werden können, bleiben ungeheure Erfordernisse, die durch die Einnahmen des Reiches zu decken sind.

Es geht nicht an, sich durch Fabrikierung von Papiergele zu helfen. Dadurch werden bloß die Betriebspreise weiter in die Höhe getrieben und wird die Unsicherheit des Geldwertes auf unvermeidliche gesteigert.

Als Reichseinnahmen kommen in erster Linie direkte progressive Steuern auf den Besitz und das Einkommen der nicht-habenden Massen in Betracht. Das Schreibt kann in weitgehendem Maße eingeschränkt werden. Nur darf man nicht vergessen, daß diese Steuern, wenn sie einen neuartigen Betrag liefern sollen, einen erheblichen Besitz und bedeutende Einkommen hervorzuheben, deren erste Voraussetzung wieder ein freizeller Gang der Produktion ist.

Die Grundlage jeder gesunden Finanzpolitik ist eine blühende Produktion, die große Überschüsse an Produkten liefert. Nur aus diesen Überschüssen können ohne Schwächung des Staates und der Bevölkerung die Steuern bezahlt werden. Sie sind von jenen Massen zu entrichten, die mit der Überschüsse der Produktion zunehmend beschäftigt.

Die strengsten Steuergesetze gegen die Reichen liefern keinen Ertrag, wenn die Produktion holt.

Andererseits ist es zweckwidrig, daß man die Werte an festen Stellen ansetzt. Der Staat ist nicht in der Lage, den Kapitalisten große Summen durch Vermehrung aufzunehmen, wenn die Arbeiter vorher auf dem Wege der Kaufmehrleistung den Profit und Zins aufgehoben haben. Darüber müssen sich die Städte klagen: „Je mehr es ihnen gelingt, den Werteverlust zu verringern, den das Kapital einsieht, desto mehr müssen sie jetzt von ihren Einnahmen an den Staat zahlen, soli der Staat die Summen aufbringen, deren er zu seinem Fortbestehen bedarf.“

Als nächste Einnahmequelle neben den direkten Steuern kommen für den Staat die Erträge aus seinen Betrieben in Betracht. Doch darf man diese zunächst nicht zu sehr veranschlagen, wenn die Besitzer der sozialisierten Betriebe entlastet werden. Die Sozialisierung geschieht nicht zu Kosten des Staates, sondern im Interesse der Arbeitnehmer und Konsumen. Will man diese nicht schwächen, wird man zunächst Vermehrung Einnahmen aus jenen Betrieben nicht finden können. Allerdings in der Zukunft fallen alle Vermehrungen der Einnahmen durch Wachstum der Gewerkschaft oder Vermehrung des Verbrauchs bei wenig wachsenden Kosten, z. B. bei den Eisenbahnen dem Staat zu. Aber das ist ein Wechsel auf die Zukunft. Sofern trotz verstaatlichter Betriebe ohne Schädigung der Arbeitnehmer und der Konsumen vermehrte Einnahmen bringen, wenn die Verstaatlichung die Betriebskosten verringert, etwa durch Abschaffung der Kosten des Konkurrenzmarktes der verschiedenen Betriebe, durch Stilllegung irrationaler Produktionsstätten oder durch Konzentration der Produktion.

Profitable Verstaatlichungen dieser Art, wie sie z. B. bei der Errichtung elektrischer Kraftwerke möglich werden, sind außer vom sozialistischen, auch vom fiskalistischen Gesichtspunkt aus anzustreben.

Bedenktlicher sind Monopole, die nichts sein sollen als Kapitale indirekte Steuern, die nur auf Schädigung der großen Massen des Konsumen hinzuhalten. Doch auch unter ihnen gibt es manngfache Unterschiede. Monopole, durch die Gewerkschaften erlangt werden, sind ganz anders zu betrachten als Monopole auf entbehrliche oder gar schädliche Genußmittel. Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues und Kohlenschmiedes ist dringend notwendig; aber ein fiskalischer Kohlenmonopol zur Erzielung großer Gewinne wäre entschieden zu verwerfen. Da könnte man sich eher mit einem Braunkohlenmonopol abfinden. Erzeugnisse wie z. B. alkali Monopoleinrichtungen notwendiger Lebensmittel und Rohstoffe kann die Deutsche Volkswirtschaft in ihrem jetzigen Zustand föhne am Ende betriebe erlangen.

Die wichtigsten Staatseinnahmen werden unter allen Verhältnissen die direkten Steuern auf Einkommen, Vermögen, Gewerben und Einkommen bilden müssen. Aber immer wieder muß ein Gedanke werden, daß sie einen höheren Vertrag mit abrufen können wenn

die Produktion kreislich in Gang kommt und reiche Reversibilität herstellt. Das ist das U und das D wie der Sozialisierung, ja der Rinauspolti.

VII. Die auswärtige Politik.

Neben der Demokratisierung und Sozialisierung hat eine proletarische Regierung noch eine weitere Aufgabe, an der sie zu arbeiten hat: die Internationalisierung.

Karl Marx verkündet in seiner Inauguralrede, die des Bürora der Internationale 1864 eröffnete, daß einen Teil des Emancipationskampfes der arbeitenden Klassen der Kampf für eine auswärtige Politik bilden, bei der die einzigen Werte der Macht und des Rechts, welche die Beziehungen eintragen, ebensoviel wert sind wie die besten Gesche des Vertrages der Nationen sein sollen!

Hat eine solche Politik einzutreten, ist jetzt unsere Pflicht. Offenheit und Weisheit muß in unserer außenpolitischen in unserer inneren Politik herrschen. Weg mit aller Geheimdiplomatie, weg auch mit allen den Mitteln geheimer Agenten und geheimer Verschwörung. Weg mit allen Diplomaten, die mit solchen Mitteln reisen, weg auch mit allen Diplomaten, die bisher ihre Hauptaufgabe in höflicher Repräsentation sahen. Unsere auswärtige Politik bedarf einer gründlichen Absehung von den alten Methoden. Siegt Kraut darf sie nicht gerichtet sein, daß Wünsch nach einem Frieden zu gewinnen und sie mit den andern zu entsprechen, sondern auf den Bund aller Völker, an dem das deutsche Volk als Gleiches unter Gleichen teilnehmen soll, mit voller eigener Selbstverwaltung und freudiger Überzeugung der andern.

Unsere Politik nach danach streben, vor allem das Vertrauen der Demokratie und des Proletariats der andern Länder zu gewinnen. Zu diesem Vertrauen sowie in der Kraft des ausländischen Proletariats nicht minder als in der Kraft des eigenen muß die Stärke unserer auswärtigen Stellung begründet sein. Freudig wohin wir Empor an Schültern mit unsrer aufwändigen Brüder für die Demokratisierung und die Sozialisierung in der ganzen Welt einzutreten; nur wir fehlten & auch zu dieser Zweck ab, die alten Mittel der geheimen Diplomatie anzunehmen und die Weltrevolution durch geheime Agenten und unterirdische Geldsendungen von Staats wegen als Teil unserer Regierung politisch fördern zu wollen.

In Freizügigkeit mit allen Völkern wollen wir u. ~~ein~~ nationale Solidarität mit ihnen durch gemeinsame ~~Frei~~ ^{Welt} Friedens und des sozialen Fortschrittes bestunden.